„Erkennen Sie die Realität in Indien!“

Interview mit Colin Gonsalves

Theodor Rathgeber

Colin Gonsalves ist ein aktiver Verteidiger der Menschenrechte und in seiner anwaltlichen Tätigkeit unter anderem beim Obersten Gerichtshofs von Indien (*Supreme Court*) zugelassen. Im Jahr 2017 erhielt er für sein Engagement den alternativen Nobelpreis (*Right Livelihood Award*). Gonsalves ist Gründer des *Human Rights Law Network* (HRLN). Er gilt als Pionier auf dem Gebiet der Rechtsstreitigkeit im öffentlichen Interesse (*litigation*) in Indien und hat mehrere Fälle zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten vor Gericht gebracht. Das Interview führte Theodor Rathgeber am 12. September online.

***Theodor Rathgeber**: Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für das Gespräch nehmen. Zum Hintergrund: Im Herbst wird in Deutschland eine neue Regierung gewählt. Daher auch einige Fragen, was Sie von einer Bundesregierung in Sachen zukünftiger Kooperation mit Indien erwarten. Was würden Sie als die größten Herausforderungen im heutigen Indien in Bezug auf Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit bezeichnen?*

Colin Gonsalves: Nun, die größte Herausforderung in Indien ist die Wahrung und der Schutz der Menschenrechte. Sie haben in den letzten sieben oder acht Jahren rapide abgenommen, und die Situation ist sehr ernst. So ernst wie nie zuvor in den letzten 20 oder 30 Jahren. Und wenn ich von Schutz der Menschenrechte spreche, dann meine ich jeden einzelnen Aspekt davon: Folter, außergerichtliche Hinrichtungen, Hungertote, bis hin zu den Bulldozern, die kleine Häuser und Hütten zerstören und Menschen obdachlos machen, oder bis hin zur Gewalt gegen LGBTQI-Personen.[1] Und wenn Sie mir zu jedem dieser Aspekte eine Frage stellen, werde ich Ihnen sagen können, wie schrecklich die Situation jeweils ist, und wie fürchterlich die Verschlechterung war. Die Regierung wird dafür wohl eine Reihe von Gründen anführen wollen. Ein wesentlicher Grund liegt aber bei der Regierung selbst.

Was ist Ihrer Meinung nach das treibende Interesse der Regierung, ihre Regierungsarbeit auf diese Weise zu organisieren?

Für die Untergrabung der Menschenrechte wird sie keinen Grund anführen. Außer, dass es in der Natur dieser Regierung liegt, Menschenrechtsaktivist(inn)en anzugreifen und Menschenrechtsprinzipien zu verunglimpfen. Eine Regierung mit einer rechten ideologischen Ausrichtung - und es handelt sich hier nicht um eine einfache rechte Ausrichtung, sondern um eine sehr weit rechts stehende, gewalttätige, diskriminierende und hochpolitische Ideologie – kommt mit Dissens nicht zurecht, und so liegt es in ihrer Natur, Frauen anzugreifen, Minderheiten anzugreifen, die Arbeiterklasse anzugreifen, Obdachlose anzugreifen. Die Regierung wird gar nicht erst begründen, warum sie Flüchtlinge angreift. Die Regierung sagt schlicht, wir sind mit der bisherigen Politik nicht einverstanden gewesen, wir ändern diese Politik, und das war‘s.

Was sagen Menschenrechtsaktivist(inn)en dazu?

Lasst uns in Ruhe. Wir machen friedliche Demonstrationen, die verfassungsrechtlich geschützt sind. Wir bitten die Regierung nicht, die Menschenrechtsarbeit finanziell zu unterstützen. Wir verlangen nichts von der Regierung. Wir wollen nur, dass ihr uns in Ruhe lasst. Die Adivasi sagen: Lasst uns in Ruhe. Die Regierung sagt allerdings Nein. Wir wollen Euren Wald für den kommerziellen Tourismus nutzen. Also vertreibt sie eine Million Adivasi. Können Sie sich das vorstellen?

Ich konnte die Erfahrung machen, dass sich Unternehmen über fehlende Rechtsstaatsprinzipien beschweren und zum Beispiel großes Interesse an Meinungsfreiheit haben. Sie befürchten, dass sie andernfalls nicht genügend realistische Informationen über die Risiken ihrer Investitions- und Wirtschaftspläne erhalten, weil die Regierung jede kritische Bewertung dieser Pläne und Perspektiven verweigert. Gibt es in Indien ein ähnliches Phänomen, dass die Wirtschaft mehr Freiraum für die Zivilgesellschaft und kritische Analysen fordert?

Nein, das sehe ich in Indien nicht. In Indien haben faktisch einige sehr mächtige Konzerne, nicht alle, die Lizenz erhalten, das Land zu regieren. Es mag sein, dass manche Konzerne den Eindruck haben, dass sie nicht so begünstigt werden wie andere. Aber im Großen und Ganzen regieren die Konzerne das Land – und zwar genauso so. Sie entscheiden über die Verwendung von Mitteln in der Bildungspo-

litik, die gewinnorientiert ist. Sie entscheiden über die Gesundheitspolitik, die völlig profitorientiert ist. Sie entscheiden über die Wohnungspolitik, die Arbeitspolitik, über alles. Der öffentliche Sektor ist fast vollständig abgebaut worden. Staatlich geführte Unternehmen werden in rasantem Tempo zerstört. Jetzt gibt es massive Bestrebungen, das Gesundheitswesen, die Eisenbahn, das Bildungswesen und die Lebensmittel komplett zu privatisieren. Wir werden innerhalb der nächsten Jahre enorme Auswirkungen auf die arme Bevölkerung haben, schreckliche Auswirkungen.

Ich habe in den 1990er und 2000er Jahren unter anderem mit Ram Dayal Munda zusammen gearbeitet. Er hatte immer wieder seine hohe Meinung von der indischen Justiz geäußert, von der Möglichkeit, die Rechte und Garantien der Verfassung durch Gerichte bestätigen zu lassen. Was ist Ihre Meinung zum gegenwärtigen Stand der Justiz, zu den High Courts oder dem Supreme Court?
Zu Zeiten von Ram Dayal Munda wurde die Justiz als Beschützerin der Menschenrechte angesehen. Das ist aber viele Jahre her, diese Situation hat sich geändert. Ich will nicht sagen, dass sie sich völlig verändert hat, aber sie hat sich 50:50 verändert. So ist die Justiz durch ihre Urteile zum einen zu einer Verletzerin der Menschenrechte geworden, andererseits bleibt sie durch bestimmte Urteile eine Beschützerin. Als Beispiel zwei Urteile. Ein Beispiel handelt von einer Verletzung in sehr großem Ausmaß. Es war die Justiz, die angeordnet hat, dass die Stammesangehörigen aus den Wäldern vertrieben und als Invasoren (*encroachers*) behandelt werden müssen. Das betrifft mehr als eine Million Adivasi. Es ist dieselbe Justiz, die Slumbewohner als Invasoren behandelt und anordnet, dass sie vertrieben werden. Vor kurzem hat der Oberste Gerichtshof die Räumung von etwa 100.000 Slumbewohner(inne)n in nur einem Teil von Indien angeordnet. Sie können sich also vorstellen, was in ganz Indien geschieht.

Gleichzeitig schützt die Justiz die Arbeiterschaft und Menschenrechtsaktivist(inn)en in bestimmten Gebieten in bestimmten Fragen. Und wiederum ist es die Justiz, die bestimmte Urteile fällt, aufgrund derer führende Menschenrechtsaktivist(inn)en, darunter auch führende Menschenrechtsanwälte, im Gefängnis verrotten.[2] Kaution wurde verweigert. So verweigerte die Justiz auch Stan Swamy die Freilassung gegen Kaution. Er starb im Gefängnis. Was die Justiz anbelangt, so haben wir eine sehr uneinheitliche Situation. Es gibt sehr gute Richter/-innen, die immer noch dafür kämpfen, die Menschenrechte gegen den Willen der Zentralregierung zu schützen. Und es gibt einige, die diese Menschenrechte nicht schützen. Dies ist eine sehr beunruhigende Zeit für uns. Wenn die Justiz sich aufgibt und sich der Zentralregierung unterwirft, haben wir niemanden mehr, an den wir uns wenden können.

Sie selbst sind Anwalt. Sind Ihre Aussichten und Ihre Hoffnungen auf positive Urteile gesunken? Erlauben Sie mir die offene Frage. Was macht Sie optimistisch, einen Prozess zu gewinnen, sodass Sie von Tag zu Tag versuchen, wenigstens eine juristische Bestätigung der Rechte und Garantien zu bekommen? Was ist Ihre treibende Kraft?
Sehen Sie, es ist nicht so, dass ich optimistisch bin. Optimismus bedeutet, dass man daran glaubt, dass etwas Gutes passieren wird. Ich arbeite jeden Tag meines Lebens, von acht Uhr morgens bis zehn Uhr abends, jeden Samstag, jeden Sonntag, jeden Feiertag, aber nicht wegen des Optimismus. Ich arbeite, weil ich weiß, dass ich als Anwalt immer noch etwas verändern kann. Ich kann immer noch Fälle gewinnen. Wenn es gute Richter/-innen gibt, kann ich immer noch etwas bewirken. Und als spiritueller Mensch habe ich das Gefühl, dass man seine spirituelle Kraft bis zur letzten Möglichkeit einsetzen muss, um gegen Ungerechtigkeit zu kämpfen. Gibt es heute viel mehr Ungerechtigkeiten als früher? Ja. Wächst deshalb der Eifer im Kampf gegen die Ungerechtigkeit? Ja. Gibt es viele Menschen, die gegen Ungerechtigkeit kämpfen? Ja. Ich glaube, es ist wie in einem Krieg. Wir müssen uns mit gewaltfreien Mitteln am Kampf gegen diese *Rakshasas* beteiligen. *Rakshasa* ist ein Dämon in Indien. Und ich glaube letztlich - und in diesem Sinne bin ich dann doch ein Optimist - dass die Kräfte des Guten versuchen werden, entsprechend die Energien der Menschen zu wecken.

Aus meiner Arbeit mit Institutionen der Vereinten Nationen, die sich mit Menschenrechten befassen, liegt mir die Frage nahe: Sehen Sie eine wirksame Unterstützung von dieser Seite, die Ihre Arbeit stärken könnte?
Um Ihnen ein Beispiel zu geben. Es gab einen Protest der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte. Ich hoffe, ich verwende den richtigen Begriff. Es ging um die Verhaftung und Inhaftierung von Menschenrechtsaktivist(inn)en und Anwälten.[3] Diese Art von Intervention hilft uns enorm. Aber ich muss leider auch sagen, dass die UN-Gremien und andere Institutionen dort im Allgemeinen sehr stark in der diplomatischen Arbeitsweise der Vereinten Nationen gefangen sind. Damit ist den Menschen in den Entwicklungsländern überhaupt nicht geholfen. Es sei denn, man befreit sich von diesem Bürokratismus, von diesem diplomatischen Ansatz bei den Menschenrechten. Bei den Menschenrechten kann es keine Diplomatie geben. Es gibt nur schwarz und weiß. Entweder man spricht es aus oder nicht, entweder man protestiert oder man unterwirft sich. Es tut mir leid, sagen zu müssen, dass die Art von Hilfe, die wir in Indien von den UN-Gremien benötigen, so nicht zustande gekommen ist. Abgesehen von ein oder zwei herausragenden Beispielen, oder auch beim Thema Flüchtlingsrechte, als die indische Regierung versuchte, eine große Zahl von *Rohingyas* auszuweisen. Damals meldete sich der UNHCR[4] zu Wort und sagte, dass dies nicht geschehen dürfe. Es gibt also eine sporadische Demonstration von Stärke, aber im Allgemei-

Premierminister Modi beim virtuellen Indien-EU Gipfel am 15. Juli 2020.

Bild: MEAphotogallery, flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

nen ist der Einfluss der UNO auf die Menschenrechte in Indien gemessen an ihrer Größe und der ihr zur Verfügung stehenden Mittel marginal, sehr marginal.

Was halten Sie vom UN Länderprüfverfahren Universal Periodic Review, UPR?
Lassen Sie mich Folgendes sagen. Indien hat in den letzten zehn Jahren im UPR-Verfahren versprochen, das Übereinkommen gegen Folter (CAT) zu ratifizieren. Es kam dann immer zum Drama. Alle Länder sagen Indien, ihr müsst die CAT ratifizieren, und Indien antwortet, natürlich ratifizieren wir. Nur, sie tun es nie. Ich bin der Meinung, dass die Industrieländer, insbesondere die europäischen Länder, ihre Interventionen auf dieser Ebene gegenüber der indischen Regierung neu bewerten sollten. Sie müssten die Situation offen beurteilen, und auch die Art und Weise, wie sie vorstellig werden. Ihre bisherigen Interventionen sind so ineffektiv, so völlig ineffektiv, und dennoch machen sie weiter und geben riesige Geldbeträge aus. Ich sage nicht, dass wir uns aus dem UPR-Verfahren zurückziehen sollen. Aber wenn ein Land gesagt hat, dass es die CAT ratifiziert, und dann geschieht 15 Jahre nichts, dann muss doch die Strategie überdacht werden.

Von Seiten der deutschen Regierung sowie der Europäischen Union besteht großes Interesse, die Zusammenarbeit mit Indien, der indischen Regierung und der indischen Wirtschaft zu stärken. Erwarten Sie von der deutschen Regierung oder der Europäischen Kommission, dass sie in der Zusammenarbeit mit Indien gewisse Standards festschreiben, dass diese Zusammenarbeit nicht zu Lasten der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte geht?
Der Umgang der Europäischen Union mit der indischen Regierung ist eine mysteriöse Sache. Wir haben eine Regierung, die sich nicht darum schert, was die EU sagt. Früher, vor zehn Jahren, war die indische Regierung sehr sensibel für das, was die europäischen Nationen zu sagen hatten. Heute ist es Indien egal. Die Regierung weist darauf hin, dass Indien eine BIP-Wachstumsrate von sieben bis acht Prozent hat und die Regierungen aus Europa, die uns über Menschenrechte belehren wollen, eine Wachstumsrate von zwei oder drei Prozent. Schauen wir beispielsweise auf die Botschaften europäischer Länder: alle diplomatischen Vertreter/-innen der EU verneigen sich vor der indischen Regierung, um an Verträge zu kommen. Die gleichen Botschaften – mit Ausnahme der deutschen, muss ich sagen – die gestern große Verfechter der Menschenrechte waren, sagen heute dazu kein Wort mehr. Sie sind am Export von Autos, an diesem oder jenem Geschäftsabschluss interessiert. Die Botschaft, die Indien von Europa erhält, ist also, dass jedes europäische Land vor allem daran interessiert ist, mit Indien Geschäfte zu machen. Die EU darf Indien von Zeit zu Zeit ermahnen. Was kümmert uns das als Regierung. Indien stört sich nicht an solchen Meinungen. Und auf jeden Fall haben wir, Indien, ein höheres BIP, das zählt.

Wir müssen diese Situation also wirklich neu bewerten. Was bedeutet es, mit der indischen Regierung zu kooperieren? Gibt man der indischen Regierung Geld, mit dem Versprechen, dass die Regierung zum Beispiel die Polizei reformiert und mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeitet? Wel-

chen Sinn hat es, dafür Geld auszugeben, wenn die Regierung Tausende von NGOs schließt? Die Regierung schikaniert jede kritische NGO und zerstört den NGO-Sektor. Und die EU-Regierungen geben Geld für die Zusammenarbeit. Es ist, als würde man Geld in ein schwarzes Loch werfen, immer und immer wieder. Es verschwindet oder man ist erstaunt, wenn die indische Regierung dieses Geld für einen anderen Zweck verwendet, als man es sich vorgestellt hat. Was nützt es, Geld zu verschwenden? Also: Verwenden Sie dieses Geld lieber für die Unterstützung der Zivilgesellschaft und ziviler Initiativen im großen Stil. Arbeiten Sie ein System aus, das dies ermöglicht.

Wenn Sie von der Unterstützung der Zivilgesellschaft im großen Maßstab sprechen, haben Sie da konkrete Beispiele oder Ideen?

Ja, natürlich. Wir haben in Indien ein Gesetz zur sozialen Verantwortung von Unternehmen.[5] Wir haben große deutsche und europäische Unternehmen, die in Indien tätig sind. Sie könnten die Zivilgesellschaft über dieses Instrument unterstützen. Die Unternehmen könnten ihre Politik ändern statt der indischen Regierung die Füße zu küssen und sich zu verbeugen. Die Unternehmen könnten sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzen. Die Konzerne sollten ihr eigenes Rückgrat zeigen. Warum denn nicht? Für die Konzerne könnte ein wichtiger Aspekt der sozialen Unternehmensführung der Schutz der Menschenrechte und der Menschenrechtsaktivist(inn)en sein. Stattdessen verschwenden sie ihr Geld für kosmetische Dinge, die sie ihren Aktionär(inn)en zeigen können. Eine totale Geldverschwendung, während die größte Demokratie der Welt zum Totalitarismus degeneriert. Die Unternehmen stören sich nicht daran. Die europäischen Unternehmen stören sich überhaupt nicht daran.

Ein Aspekt, der in Deutschland in Sachen erneuerbare Energien und Klimawandel in Erwägung gezogen wird, ist die hiesige Erfahrung, dass die Ziele nicht ohne die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft umgesetzt werde können. Glauben Sie, dass dieser Aspekt von der deutschen Regierung bei der Kooperation mit Indien beachtet werden sollte? Oder endet auch dies in einer harmlosen rhetorischen Praxis?

Lassen Sie mich zunächst eines sagen. Die deutsche Regierung ist heute, glaube ich, die einzige Regierung oder eine der wenigen, die am Schutz der Menschenrechte festhält. Sie ist ein herausragendes Beispiel - und ich freue mich, Ihnen das in diesem Interview sagen zu können. Trotz des Stimmungsumschwungs in der Welt und auch in Europa hat sich die deutsche Regierung bis jetzt hervorragend verhalten.

Nun zu Klimawandel und erneuerbare Energien. Indien hat ein riesiges Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Aktivist(inn)en zum Klimawandel. Meine Aufforderung lautet: Konzentrieren Sie Ihre Bemühungen auf dieses Netzwerk. Es ist eine völlig verquere Annahme, ohne finanzielle Zusammenarbeit mit der indischen Regierung könne man keine Arbeit zum Klimawandel leisten. Das ist falsch. Die Hauptfinanzierung im Bereich des Klimawandels sollte an Gruppen und Netzwerke von Aktivist(inn)en gehen, die in diesem Land ohne Ressourcen, ohne Geld, ohne Unterstützung, ohne Finanzierung arbeiten. Wunder-

Colin Gonsalves

Bild: Deutsche Welle, flickr (CC BY-NC 2.0)

bare Netzwerke. Sie sollten im Zentrum der Kooperation mit Indien zum Klimawandel stehen.

Die indische Regierung betreibt viel Kosmetik und nimmt gleichzeitig ein riesiges Projekt zur Wiedereröffnung der Kohleminen und zur extensiven Nutzung von Kohle in Angriff. Sie blufft mit Statistiken um zu belegen, wie sie sich für den Klimawandel und die Umwelt einsetzt. Würde die deutsche Regierung sich mit indischen Aktivist(inn)en zusammensetzen, käme schnell die Wahrheit ans Licht. In den Adivasi-Gebieten wird heute massiver Kohlebergbau im Herzen des Urwalds betrieben, in Jharkhand, in Chhattisgarh. Und die indische Regierung wird Ihnen sagen, dass wir die Auswirkungen des Klimawandels um zwei, drei oder vier Prozent reduziert haben. Wenn man eine echte Prüfung vornimmt, wenn man ein professionelles Team einsetzt und die Klimaschutzpolitik in Indien und deren Praktiken prüft, wird man feststellen, dass die Versprechungen der Regierung völlig falsch sind. Tatsächlich haben die indische Regierung und alle Regierungen der Bundesstaaten in Sachen Klimawandel rapide Rückschritte gemacht. Ich weiß, dass die Solarenergie gefördert wird und so weiter. Die Windenergie wird von der Regierung unterstützt. Aber dies verschleiert meiner Ansicht nach die tatsächliche Situation. Es handelt sich um kosmetische Maßnahmen.

Um solche Statistiken zu widerlegen: gibt es größere Studien über die Wiederaufnahme der Kohleförderung in Indien? Zum Beispiel von Greenpeace, Human Rights Watch oder anderen Organisationen?
Meinem Eindruck nach sind *Greenpeace* oder *Human Rights Watch* nicht systematisch in Indien engagiert. Wir brauchen eine systematische und langfristige Intervention. Es gibt sporadische Berichte in akademischen Zeitschriften, es gibt viele Studien an der Basis aber keine Einrichtung in Indien, die systematisch über den Klimawandel forschen könnte. Wir haben zwar ein weltbekanntes Gremium für Umwelt und Klimawandel, aber dessen Kompetenz und Fähigkeit, der Regierung die Stirn zu bieten, haben rapide abgenommen. Es fehlt an echter Unterstützung für das Netzwerk von Klimaaktivist(inn)en, damit sie substanzielle Forschungen und Veröffentlichungen durchführen können. Das Netzwerk ist armselig ausgestattet, sehr armselig. Wenn die deutsche Regierung also nicht nur an offizieller Forschung, Veröffentlichung und Aktivität zum Klimawandel interessiert ist und Alternativen unterstützen möchte, wäre das eine großartige Sache.

Letzte Frage, die Sie zum Teil schon beantwortet haben. Wenn Sie einen Wunsch hätten, wie internationale Unterstützung aussehen soll, was wäre das Kernelement? Was sollten wir tun, um Ihren Handlungsspielraum und Ihr Engagement effektiv zu unterstützen?
Erstens: Erkennen Sie in Deutschland und Europa, dass Indien auf einen Totalitarismus zusteuert, wie ihn die Welt seit langem nicht mehr gesehen hat. Erkennen Sie das. Noch immer herrscht die Denkweise vor, es geht der indischen Wirtschaft gut und also wird es einen gewissen Wohlstand auch bei den unteren Schichten der Gesellschaft geben, einen *Trickle-down*-Effekt. Es wird immer noch angenommen, dass die indische Regierung, die in der Union so viele Dinge verspricht, mit den guten Zahlen für die Wirtschaft viel Geld für die arme Bevölkerung, die Arbeiterklasse, den Klimawandel und so weiter ausgibt. Diese Annahme hält sich in internationalen Kreisen seit 20 Jahren. Ich weiß nicht, ob irgendeine Annahme sich je als so falsch erwiesen hat. Je reicher wir werden, desto härter werden wir. Die Grundlage für diesen Reichtum und dieses Wachstum ist die zunehmende Entbehrung der armen Bevölkerungsgruppen. Man nimmt den Menschen die Bildung weg und privatisiert sie. Man nimmt den Menschen die Gesundheitsfürsorge weg und privatisiert sie. Man nimmt den Menschen die Nahrungsmittel weg und privatisiert sie. Man nimmt den Menschen den öffentlichen Wohnungsbau weg oder sorgt dafür, dass die Mittel für den öffentlichen Wohnungsbau gekürzt werden und privatisiert ihn. Das Wachstum der indischen Wirtschaft basiert nicht auf einem *Trickle-down,* sondern auf einem *Trickle-up*-Prinzip. Die indische Variante der Globalisierung besteht darin, dass die Ressourcen von den Anteilen, die bisher an die arme Bevölkerung und Mittelschicht gingen, nach oben zu den Unternehmen fließen. Wenn Europa das einmal verstanden hat – ich glaube aber nicht, dass Europa das jemals versteht – wäre es eventuell nicht mehr geneigt, auf diese Weise zu denken. Also: erkennen Sie die Realität in Indien!

Zweitens: Man muss sich für die Menschenrechte einsetzen, nicht für eine Verbindung mit der Regierung, für die Unterstützung ihres Regierungsprogramms, für den Kauf von Computern für die Polizei und ähnliche Dinge. Nicht diese Art von kosmetischem Zeug. Die Unterstützung für demokratische, gewaltfreie Aktivitäten zum Schutz der Menschenrechte ist von zentraler Bedeutung. Setzen Sie sich für Menschenrechte ein!

Vielen Dank für das Gespräch!

Aus dem Englischen übersetzt von Theodor Rathgeber

Zum Autor

Siehe Artikel auf Seite 40.

Endnoten

[1] LGBTQI: aus dem englischen Sprachraum übernommene Abkürzung für *Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender* – Anm. d. Red.

[2] Gemeint sind die Fälle zum Bhima Koregaon Fall, siehe Artikel im Heft – Anm. d. Red.

[3] Statement der UN Hohen Kommissarin für Menschenrechte am 22. Januar 2021 zu Stan Swamy und anderen Inhaftierten im Fall Bhima Koregaon – Anm. d. Red.

[4] UN Hoher Kommissar für Flüchtlinge, Statements im Januar 2019 und Juli 2020 – Anm. d. Red.

[5] *Corporate Social Responsibility (CSR)* – Anm. d. Red.